

Wir konnten dem Sanierungsplan nicht zustimmen:

- Nideggen ist unter den Bedingungen des Stärkungspaktgesetzes nicht sanierungsfähig. Nicht die Altschulden, sondern die für die Erfüllung der Pflichtausgaben unzureichenden Mittelzuweisungen, sind die Hauptursache der Finanzmisere in Nideggen.
- Die Deckungslücke ohne Sanierungsplan liegt deutlich über 4 Mio €. Die Zinsen für die Schulden liegen bei rund 700 T€. Die freiwilligen Ausgaben bei rund 300 T€. Dem steht die jährliche Schlechterstellung der ländlichen Flächengemeinde Nideggen durch die seit 2011 geänderte Berechnung der Landeszuweisungen von rund 1,3 Mio € gegenüber. Die Stärkungspakt-Zulage von rund 850 T€ gleicht diese Schlechterstellung nicht annähernd aus.
- Nach dem Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes wird Nideggen in 2013 vom Land 3,0 Mio. € an Landeszuweisungen (Schlüssel-, Investitions-, Schul- und Sportpauschale) erhalten und 6,0 Mio. € für Kreis- und Jugendamtsumlage an den Kreis zahlen müssen. Das bedeutet, dass die gesamte Landeszuweisung und zusätzlich ein aufzunehmender Kredit in gleicher Höhe an den Kreis abzuführen ist. Allein dadurch wird der Schuldenstand um 3 Mio. € jährlich erhöht.
- Die in den Plan eingestellten Sanierungsmaßnahmen enthalten eine Vielzahl von "Luftnummern" (unrealistisch hoch angesetzte Zahlen), die nur vorübergehenden Bestand haben können und spätestens bei den jährlichen Überprüfungen zurückgenommen und dann durch weitere Steuererhöhungen ausgeglichen werden müssen. Sie wurden nur eingestellt, um das wahre Ausmaß der zur Sanierung notwendigen Steuererhöhungen zu verschleiern.
- Die bereits jetzt eingeplanten Steuererhöhungen sind unververtretbar. Sie fallen völlig aus dem Rahmen vergleichbarer Gemeinden. Die vorhersehbar notwendigen Auflösungen der "Luftnummern" werden dies schrittweise verschärfen.

- Einige der beabsichtigten Maßnahmen sind nie wieder rückgängig zu machen. Sie zerstören die Wohnqualität in den Ortsteilen (z.B. Wohnortnahe Beschulung und ehrenamtlichen Einsatz der Vereine) endgültig.
- Der Sanierungsplan insgesamt kann den Bürgern Nideggens nicht zugemutet werden. Er löst das Problem der systematischen Unterfinanzierung der kleinen Flächengemeinden nicht annähernd.
- Die Zustimmung zu diesem Plan ist gleichzusetzen mit der freiwilligen Aufgabe jeglicher kommunaler Vertretung der Bürgerinteressen.

Wer diesem Plan zugestimmt hat, wurde seiner Verantwortung nicht gerecht.

350 Mio € zusätzliche Landeshilfe für die Kommunen

Die Zuweisungen an alle Gemeinden wurden für 2013 um 348,9 Mio. € erhöht. Der seit 2011 geänderte Verteilungsschlüssel wird aber beibehalten. Für Nideggen bedeutet der "Geldsegen" in 2013 ein Plus von 44 T€. Da sich gleichzeitig die an den Kreis zu zahlende Jugendamts-Zulage um 35 T€ erhöht, bleiben 9.203 € übrig.

Das hilft uns nicht wirklich.

Sanierung der Sporthelme

Einen völlig unnötigen Zeitdruck hatte die Bürgermeisterin bei der Billigung der Mittel aus der "zurückgelegten" Sportpauschale für die energetische Sanierung der Sporthelme aufgebaut. Diese Mittel waren vom Stadtrat für die Sanierung des Sportplatzes Mausauel und dessen Ausbau für die Nutzung als Schulsportstätte festgelegt worden. Die selben Mittel durch den Haupt- und Finanzausschuss für die Sanierung der Sporthelme zu verplanen, haben wir nicht zugelassen. Der Beschluss wäre rechtswidrig gewesen. Die Sondersitzung des Rates am 29.05.12, die die Beschlusslage klärte, war völlig überflüssig. Uns war bei diesem Verfahren von vornherein klar, dass die Umsetzung des Beschlusses an der Bezirksregierung scheitern musste. So kam es dann auch. Die Bürgermeisterin konnte die Bezirksregierung nicht überzeugen.

Brandschutzbedarfsplan

Keinen Zeitdruck gab es offensichtlich beim Brandschutzbedarfsplan.

- Die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes durch ein externes Büro kostet ca. 30.000 €. Die Wehrleitung hatte den Auftrag freiwillig übernommen, um Geld zu sparen. Bereits im August 2011 legte sie den fertigen Entwurf vor.
- Im Entwurf fehlte, nach Meinung von Herrn Klöcker (Unabhängige) die Streichung von Standorten. Damit war wohl auch Frau Göckemeyers Auftrag klar: Verzögern bis die Wehrleitung nachgibt.
- Nach einigen Monaten legte sie den Entwurf dem Rat vor, aber nicht zur Beratung sondern nur zur Kenntnis. Erst nach einem interfraktionellem Gespräch mit der Wehrleitung sollte beraten werden. Dazu kam es dann "schon" am 19.05.12.
- Am 19.06.12 sollte der Rat beraten. Herr Klöcker und Frau Zentis (Grüne) begannen erneut zu nörgeln und zu mäkeln. Herr Hensch (FDP) unterstützte sie. Nun wurde der Beschluss wieder vertagt, um angeblich offene Fragen erneut in einem interfraktionellem Gespräch mit der Wehrleitung zu klären.
- Dieses Gespräch fand dann am 23.08.12 statt. Die Grünen hatten ein Fragenpapier eingereicht. Diese Fragen waren von der Verwaltung bereits vor der Sitzung beantwortet worden. Alle Fragen hätten die Grünen schon Monate früher stellen können.

Der am 28.08.12 im Rat beschlossene Plan enthält keine wesentlichen Änderungen zum Stand vom August 2011.

Kurze Beine – Kurze Wege

Die Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) hatte das "Konzept zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen und wohnungsnahen Schulversorgung im Grundschulbereich" im Januar im Landtag vorgestellt.

Die Kurzfassung:

- Die Klassengröße liegt bei 23.
- Künftig dürften auch Grundschulen mit nur einer Klasse pro Jahrgang bestehen bleiben.
- Die Mindestgröße für den eigenständigen Schulstandort liegt bei 92 Kindern.
- Kleinere Schulstandorte können als Teilstandort erhalten werden.
- Die Entscheidung über die Schulstandorte bleibt aber bei den Schulträgern.

Wir fordern: Erhalt der wohnurnahen Grundschulen in Schmidt und Embken.

Wir wollen die Wohnqualität in allen Ortsteilen erhalten!

- Wir werden jeden Antrag unvoreingenommen prüfen, Vor- und Nachteile in offener Diskussion besprechen und dann selbständig nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden.
- Wir wollen Argumenten zuhören und auf sie eingehen. Wir wollen überzeugen, aber wir sind auch bereit uns überzeugen zu lassen.

So steht es in unserem Programm. Wir halten uns daran.

Das nennen wir sachliche Politik.

Resolution an den Landtag zum Umlagengenehmigungsgesetz

Wir hatten beantragt, in einer Resolution an die Landtagsmitglieder, die Rücknahme dieses Gesetzes zu fordern. Städtetag NRW sowie der Städte- und Gemeindebund NRW hatten sich mit einer eindeutigen Stellungnahme an den Landtag gegen die Einführung dieser Sonderumlage gewandt. Der Landtag hat das Gesetz dennoch unverändert beschlossen. Es kann dazu führen, dass bei Kreisen und Landschaftsverbänden ausschließlich auf dem Papier stehendes verbrauchtes Eigenkapital von den Kommunen durch Aufnahme von weiteren Kassenkrediten aufgefüllt werden muss. Die Begründung war einleuchtend. Dass die grüne Fraktion nicht an ihr Landtagsmitglied appelliert, war nicht überraschend. Dass die Unabhängigen automatisch folgen und damit auch Frau Göckemeyer folgen musste, war auch klar. Das Abstimmungsergebnis: 7 Ja, 10 Nein, 3 Enthaltungen. Wir waren nur mit 2 Ratsmitgliedern anwesend. Nur 5 weitere Ratsmitglieder haben es gewagt, für den MFN-Antrag zu stimmen. **Ist das "sachliche Politik"?**

Die richtige Frau?

Unter dieser Überschrift hatten wir in der MFN-Info 1/2012 von Frau Göckemeyers Angebot auf dem Internetportal XING berichtet. Ihr Angebot endete mit der fröhlichen Behauptung:

"Da bin ich die richtige Frau!"

Nach unserem Bericht wurde diese Behauptung nicht aufrecht erhalten. Die Zeile wurde gelöscht.

Das beantwortet unsere Frage!

Menschen für Nideggen

www.menschen-für-nideggen.de

1. Vorsitzender: Heinrich Esser, Kleine Königstr. 57, 52385 Nideggen